

**Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.
31. außerordentliche Mitgliederversammlung am 15.11.2014 in Magdeburg**

Antrag: M 4

Antragsteller: Vorstand

Betrifft: Zukunft der Arbeit der Jugendverbände und des KJR LSA sichern

Die Mitgliederversammlung hat beschlossen:

Die demokratische Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche in Sachsen-Anhalt als auch die außerschulische Jugendbildung in den Jugendverbänden sind enorm wichtige Anker für positive und gleichberechtigte Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in unserem Bundesland. Neben der anhaltenden Diskussion zur Umstrukturierung des schulischen Bildungssektors und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung stehen wir dafür ein, dass die außerschulische Jugendbildung, die Jugendverbandsarbeit und der KJR LSA in seiner Funktion als wichtigster demokratischer Zusammenschluss von und für Kinder und Jugendliche nicht aus dem Fokus der Politik und der Gesellschaft verschwinden.

Die Arbeit, die in unseren Strukturen geleistet wird, sichert die Grundfeste eines demokratischen Zusammenlebens für Kinder, Jugendliche und junge Menschen.

In einer Zeit, in der jungen Menschen stetig mehr Freiraum entzogen wird, geben wir vielfältige Möglichkeiten zur freien Entfaltung und Bildungserfahrungen jenseits von Leistungsdruck und Zwang.

Die Kompetenzen und Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche in Jugendverbänden sammeln, festigen Persönlichkeiten und schaffen Orientierung in unserer komplexen Umwelt. Um darüber hinaus konsequent Kinder und Jugendliche und ihre oft außer Acht gelassenen Interessen im politischen Prozess zu repräsentieren, braucht Sachsen-Anhalt eine gesicherte, vielfältige und in der Fläche vertretende sowie erreichbare Jugendverbandslandschaft und den KJR LSA e.V. als Interessenvertretung.

Zur Erfüllung unseres gesellschaftlichen Auftrages – gemäß Paragrafen 1 Abs. 1 und 3, 11, 12 und 74 SGB VIII –, der auch im besonderen Interesse des Landes Sachsen-Anhalt erfolgt, brauchen wir daher unabdingbar eine finanzielle Basis, die unsere Arbeit absichert. Es widerspricht diesem gesetzlichen Auftrag, die Arbeit der Jugendverbände als auch der Geschäftsstelle des KJR LSA ausschließlich aus rein fiskalischen Verfügbarkeiten zu definieren. Die schleichende Abschmelzung der Förderung der außerschulischen Jugendbildung und des KJR LSA durch steigende Kosten und eingefrorene Fördersummen in den letzten Jahren darf so nicht weitergehen. Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, außerschulische Jugendbildungsarbeit als auch die Interessenvertretung junger Menschen – der KJR LSA – müssen ausreichend und analog dem Verfahren der Wertsicherung durch Anpassung an Tarife, Inflationen und Preisindex dynamisiert gefördert werden! Die Landesregierung als auch die Regierungsfractionen werden durch uns ausdrücklich aufgefordert, dies abzusichern.